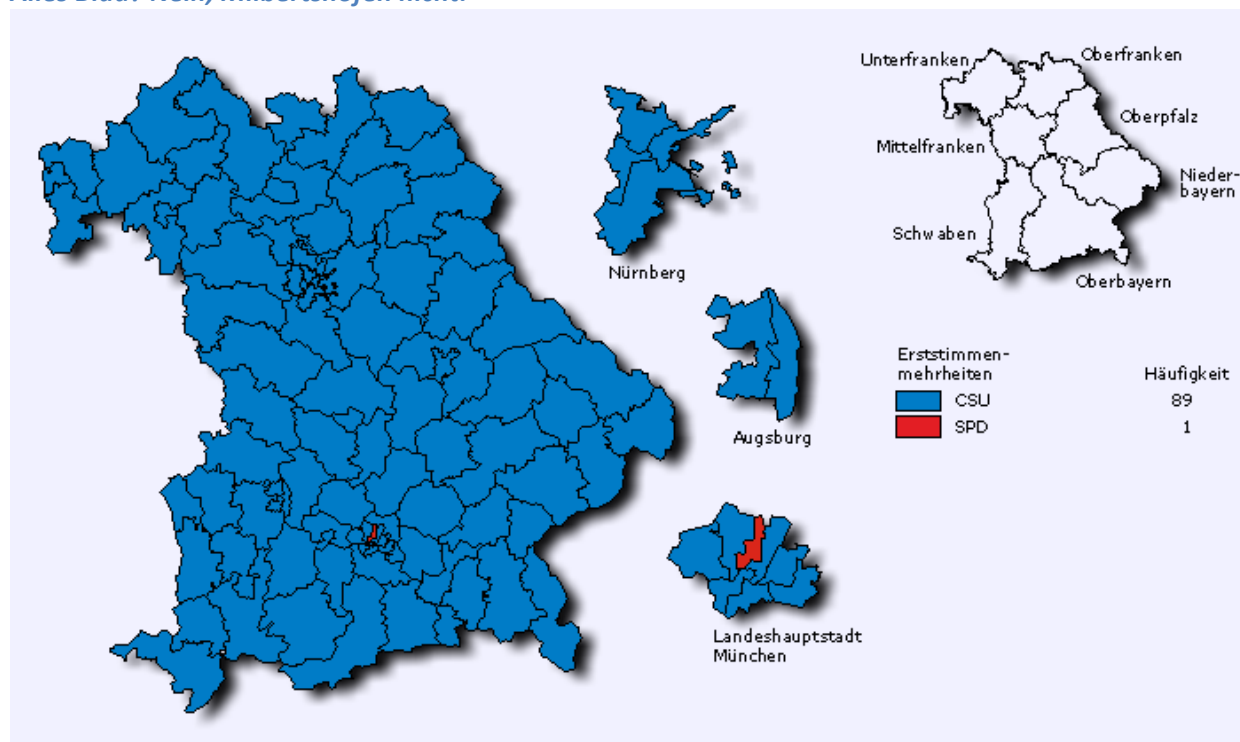


Die Wahl zum 17. Bayerischen Landtag am 15. September 2013 - Wahlnachtbericht -

Inhaltsverzeichnis

1. Das Ergebnis im Überblick	2
2. Erste Bewertung/Kommentierung	3
3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten	5
3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung	5
3.2. Absolute Stimmen (Gesamtstimmen)	7
3.3. Regionale Ergebnisse	8
4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	9
4.1. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten	9
4.2. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen	12
4.3. Wählerwanderungen	13
5. Anhang: Aus dem Wahlvorbericht	13
5.1. Besonderheiten des bayerischen Wahlsystems	13
5.2. Die «Sonntagsfrage»	14

Erststimmenmehrheiten Land Bayern Stand: 16.09.2013, 02:14 Uhr –
Alles Blau? Nein, Milbertshofen nicht.



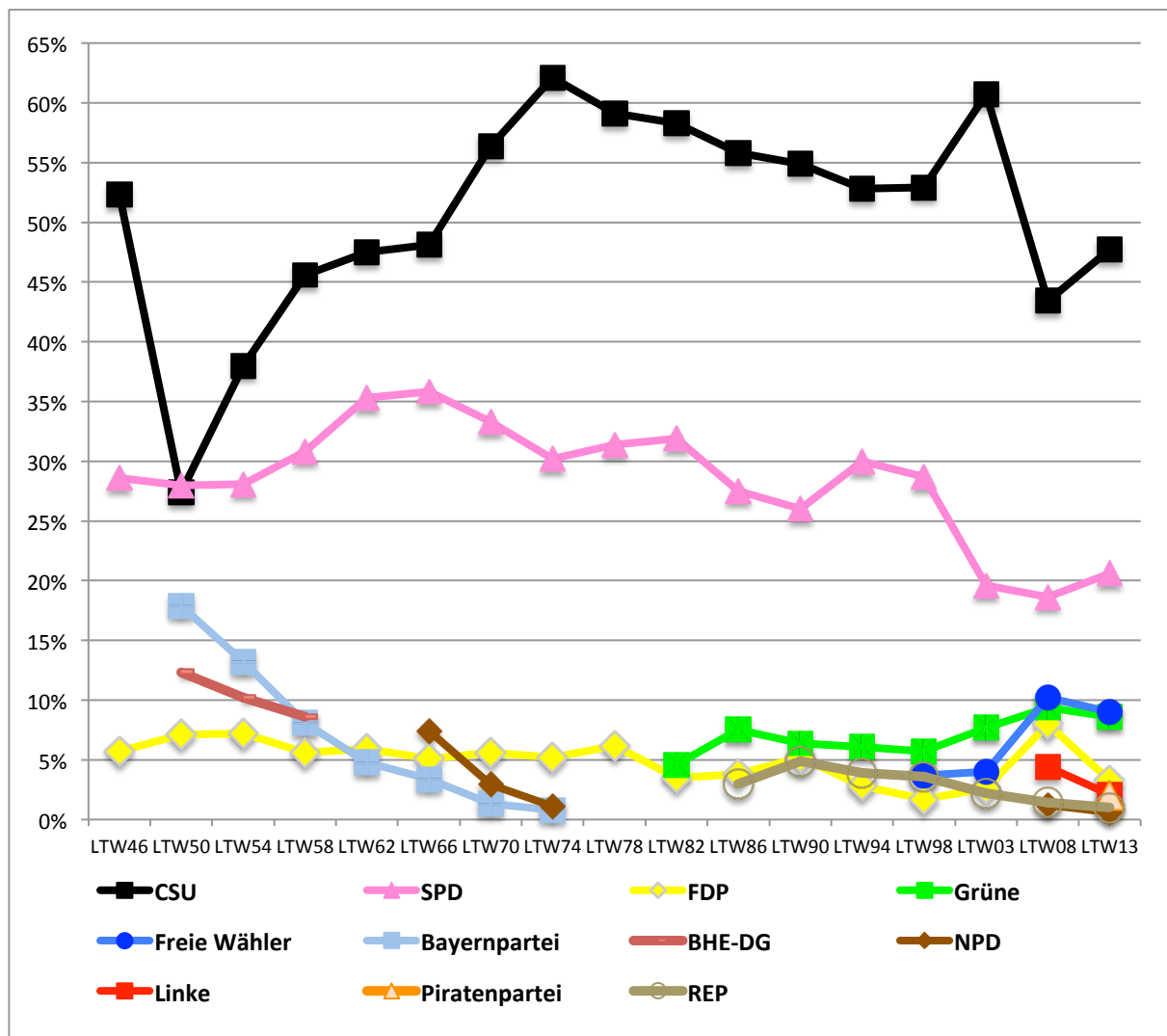
1. Das Ergebnis im Überblick

Tabelle 1: Das Wahlergebnis im Überblick

	Prozente	+ / -	Mandate	+ / -
CSU	47,7%	4,3%	101	9
SPD	20,6%	2,0%	42	3
Freie Wähler	9,0%	-1,2%	19	2
Grüne	8,6%	-0,8%	18	1
FDP	3,3%	-4,7%		-16
LINKE	2,1%	-2,2%		
ödp	2,0%	0,0%		
REP	1,0%	-0,4%		
NPD	0,6%	-0,5%		
BP	2,1%	1,0%		
Piratenpartei	2,0%	2,0%		

Vorläufiges amtliches Endergebnis; Mandate nach ARD-Berechnung.

Schaubild 1: Stimmenverteilung Landtagswahlen Bayern 1946-2013



2. Erste Bewertung/Kommentierung

Die **Wahlbeteiligung** ist gegenüber den beiden vorherigen Landtagswahlen um 6 Prozentpunkte gestiegen. Sie blieb deutlich unter dem Niveau der Landtagswahl von 1998 (69,8%). 2003 waren vor allem SPD-Anhänger der Wahl ferngeblieben, 2008 verlor überwiegend die CSU Anhänger. Bei dieser Wahl konnten beide Parteien wieder vorherige Nichtwähler mobilisieren. Der Briefwahl-Anteil ist erneut gestiegen, von mehr als einem Viertel der abgegebenen Stimmen auf nun mehr als ein Drittel. Viele Bürgerinnen und Bürger entschieden sich bereits vor der Endphase des Wahlkampfes.

Der Bayerische Landtag besteht nur noch aus vier Parteien.

Die **CSU** ist die klare Gewinnerin der Landtagswahl 2013. Sie gewinnt 4,3% und vor allem in Oberbayern. Horst Seehofer konnte den Ruf der CSU als *die* bayerische Volks- und Staatspartei wieder herstellen. Die CSU stellt, mit Ausnahme in der dritten Wahlperiode 1954-1957, den Ministerpräsidenten im Freistaat. Seit 1996 konnte sie ohne Koalitionspartner regieren. Nach dem Rücktritt von Edmund Stoiber 2007 und der mit dem Spitzenduo Beckstein/Huber krachend verlorenen Wahl 2008 brauchte die CSU erstmals seit über 40 Jahren wieder einen Koalitionspartner. Auch stellte sich die Frage, wie die CSU die internen Verschleißerscheinungen und die Stärke der Freien Wähler verarbeiten würde. Seehofer hat die CSU zwar nicht in die früheren Regionen von Ergebnissen über 50% zurückgeführt, aber ihr mit unter 48% der Stimmen die Alleinregierung zurückgeholt. Seehofer: «Damit ist das Jahr 2008 Geschichte. Wir sind wieder da. Volksparteien haben eine Gegenwart und eine gute Zukunft.» (Ansprache auf der CSU-Wahlparty am 15.09.2013, ARD)

Die **SPD** hat es nicht geschafft, sich in der Krise der CSU als die führende Oppositionspartei zu profilieren, die es schafft, eine politische Alternative zur «ewigen Staatspartei» zu formieren. Sie hat sich leicht verbessert (+2,0%) und tatsächlich wieder die 20%-Schallmauer durchbrochen, erhält aber ihr drittschlechtestes Ergebnis in Bayern seit 1946. Sie bleibt weit unter ihren Ergebnissen aus den 1990er Jahren. Sie konnte sich in Bayern nicht von den Vertrauenseinbrüchen - in Folge der Agenda2010-Politik - erholen. Mit Christian Ude hatte sie einen landesweit bekannten Spitzenkandidaten aus der etablierten Politikergeneration. Seine Kandidatur litt von Beginn an darunter, dass er sich als langjähriger Münchner Oberbürgermeister zwar landesweit einen Namen gemacht hatte, aber eben deshalb keine wirkliche Erneuerung für die bayerische Politik anbieten und personalisieren konnte.

Die **Freien Wähler** konnten ihr hochgestecktes Ziel, ihr zweistelliges Wahlergebnis zu verbessern, nicht erreichen, aber ziehen ohne große Mühe wieder in den bayerischen Landtag ein. Sie verlieren etwa 1,5 Prozentpunkte. Entscheidend für sie ist, dass sie sich gegen das Wiedererstarken der CSU behaupten konnten.

Anders die **FDP**. Sie ist die große Verliererin der Bayern-Wahl. Die FDP muss nun als bayerische «Flugsand»-Partei gelten, bei der vorübergehend enttäuschte CSU-Wähler anlanden, die ihre Partei zwar einen Denkkzettel verpassen, aber nicht aus den Regierungssitzen vertreiben wollen. Seit 1994 nicht mehr im Landtag vertreten, war die FDP 2008 unter dem Vorzeichen der großen Koalition im Bund und der CSU-Krise in Bayern mit 8 Prozent in den Landtag geweht worden und stieg sogleich zur Regierungspartei auf. Als Koalitionspartner konnte sie keinerlei Akzente setzen, die ihren Wählern und Wähler_innen die Wiederwahl nahegelegt hätten.

Die **Grünen** zählen ebenfalls zu den Verlierern. Zwar verloren sie lediglich Stimmenanteile, erhielten aber absolut mehr Stimmen. Aber es ist ihnen nicht gelungen, die guten Umfragewerte vom Juli 2013 (15%) auch nur annähernd in reale Stimmen umzusetzen. Nach der Sommerpause begannen ihre Werte im Bund wie auch im Land zu sinken. Ihr Ausflug in neubürgerliche Wählermilieus muss vorerst als beendet gelten, sie sind zurückgeworfen auf ihre Stammklientel und Stammthemen. Ihre Verluste führen sie vor allem in ihren zweistelligen oberbayerischen Hochburgen ein, während sie in den anderen sechs Wahlkreisen bis zu 1,2%punkte zulegen konnten.

Die Partei **DIE LINKE** hat erneut den Sprung in den bayerischen Landtag nicht geschafft. Ihren Achtungserfolg von 2008 mit 4,4% konnte sie nicht wiederholen. Sie verlor mehr als die Hälfte ihres Stimmenanteils und konnten keinen Achtungserfolg verbuchen. Im Gegenteil: Wird man als 4%-Partei noch als landespolitisch bedeutsame Partei von Bürgerinnen und Bürgern wie auch Organisationen wahrgenommen, so ist dies als 2%-Partei deutlich anders. Wie in Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Niedersachsen steht die Partei auch in Bayern vor der Frage, ob und wie eine

landespolitische Erneuerung und Verankerung gelingen kann oder ob sie im Westen eher und nur als Partei mit bundespolitischer Bedeutung wahrgenommen werden will und kann.

Die **Piratenpartei** Deutschlands verpasst zum zweiten Mal wieder den Einzug in ein Landesparlament. Der Erfolg der Piratenpartei verdankte sich auch dem Bedürfnis vor allem bei jüngeren Wählerschichten, grundlegende Fragen der politischen Willensbildung und Partizipation neu zu stellen und zu beantworten. Die Piraten versäumten es, das Gelegenheitsfenster politisch zu nutzen, was gegen sie, nicht aber gegen die Fragen spricht.

Unter den Ergebnissen der anderen kleinen Parteien stechen heraus: die Stabilität der **ödp**, die Verdopplung der Stimmen für die **Bayernpartei** auf 2,1% und die Verluste für **NPD** und **Republikaner**.

In Bayern wurde eine **schwarzgelbe Koalition** abgewählt, genauer: der «gelbe» Koalitionspartner wurde rausgewählt, damit «die Schwarzen» wieder allein regieren können. Eine rotgrüne Alternative wurde in Bayern nicht gestärkt. Obwohl bei der Landtagswahl fast ein Sechstel der Wahlberechtigten der Bundesrepublik Deutschland wählen konnten, war die Wahl kein Test für die Bundestagswahl. Der Wahlsieg der Seehofer-CSU steht vor allem für die bayerische Sicht auf den Rest der Bundesrepublik: Über 80% der befragten Bayern sagen, dass Land stände gut und besser als die anderen Ländern da. 71% sagen, die CSU habe Bayern über die Jahrzehnte gut getan. Und knapp zwei Drittel sind der Auffassung, dass Horst Seehofer garantiert, dass die bayerischen Interessen durchgesetzt werden. Allerdings haben nur 36% CSU wegen Horst Seehofer gewählt – in Niedersachsen wählten deutlich mehr CDU wegen McAllister -, und 71% der Befragten finden, dass die CSU vor der Wahl nicht «ehrlich» sagt, was sie durchsetzen will. Der «Wert» der CSU liegt in den Augen ihrer Wähler vor allem darin, dass sie ein bundesweites Alleinstellungsmerkmal hat. Der inszenierte Streit um die PKW-Maut zählt ebenso dazu wie die Klage gegen den Länderfinanzausgleich. So lange die CSU diese Rolle der bayerischen Interessenwahrerin erfüllt, sieht man ihr offenbar nahezu jeden Skandal nach.

Gleichwohl hat das Wahlergebnis eine **bundespolitische Wirkung**, nämlich zunächst einmal auf die letzte Woche des Bundestagswahlkampfes. Für den Koalitionspartner der Union, die FDP, bleibt die Frage, ob der Wiedereinzug in den Bundestag überhaupt geschafft wird, eine akute Frage. Gleichzeitig hat die Union aufgrund des geänderten Wahlrechts (Ausgleichsmandate) wenig Interesse, den ohnehin nicht sehr geschätzten Partner durch indirekte Wahlaufrufe ins Parlament zu hieven. Zu unkalkulierbar sind seit der Niedersachsenwahl solche Kampagnen.

Zugleich zeigt die Bayern-Wahl, dass die Strategie des bürgerlichen Lagers für die Bundestagswahl insgesamt erfolgreich sein kann. Diese Strategie besteht vor allem darin, das Gespenst einer rot-rot-grünen Bundesregierung am Morgen nach der Wahl zu bemühen, insbesondere indem auf die angebliche «Unzuverlässigkeit der SPD» verwiesen wird, vor allem damit die eigenen Anhänger nicht vor lauter Siegesgewissheit zu Hause bleiben. Zweitens geht es darum, vor allem gegen die Ausbreitung der Grünen in bürgerlichen Wählerschichten zu mobilisieren. Herhalten müssen dafür einerseits die «Steuererhöhungspläne» der Grünen, die «gegen die eigenen Wählerschichten» gerichtet seien, und andererseits der medial groß aufgezugene «Veggie-Day» als Beweis für die grüne «Bevormundungspolitik»¹. All das gipfelt in der von Union und FDP unisono vorgebrachten Warnung vor dem «Bevormundungs- und Steuererhöhungsstaat des Linkskartells».

Die Bayern-Wahl zeigt, dass die rotgrüne Option im Bund erfolglos sein dürfte. Es kommt jetzt darauf an, ob die FDP gegen die Konkurrenz der «Alternative für Deutschland (AfD)» den Sprung ins Parlament schafft. Deren Aussichten sind die bisher unberechenbare Größe, die die Union letztlich von einer offenen Zweitstimmen-Kampagne für die FDP abhalten wird. Die FDP besetzt, als klassische Ein-Punkt-Partei, den Platz der Rückversicherung gegen Steuererhöhungen, die Union kümmert sich, mit einer ordentlichen Portion «Sozialdemokratisierung», um die politische Agenda - «Gemeinsam für die Zukunft».

SPD und Grüne haben der Strategie des bürgerlichen Lagers wenig entgegenzusetzen. Energiewende zurechtstutzen, Steuererhöhungen verhindern, besonnenes Fortschreiten auf dem bisherigen Erfolgsweg – mit diesen Themen wird seit Jahresbeginn von bürgerlichen Medien gegen ein Abdriften weiterer Wählerschichten zu den Grünen, aber auch den Steinbrück-Sozialdemokraten Politik ge-

¹ Inwieweit für den Zustimmungsverlust der Grünen auch die Pädophilie-Debatte eine Rolle spielt, muss dahingestellt bleiben.

macht. Das ursprüngliche Werben für einen Politikwechsel, für eine Erneuerung der öffentlichen Infrastruktur, wofür der Staat Geld brauche, scheitert an eigener machtpolitischer Inkonsequenz, aber auch an der schwarzgelben Gegenoffensive und ihrer Wiederbelebung der alten neoliberalen Gretchen-Frage, was denn am Ende im eigenen Portemonnaie bleibe. So stellten beide Parteien ihren Wahlkampf bereits vor Wochen auf Schadensbegrenzung um und versuchen nun, ihre eigene Klientel durch Betonung von Energie- und Umweltthemen einerseits, von Gerechtigkeitsthemen andererseits zu mobilisieren. Die SPD als größte Oppositionspartei hat es nicht geschafft, eine tatsächliche politische Alternative zur Regierungspolitik aufzubauen. Ihre letzte Chance, doch noch Regierungspartei zu werden, besteht darin, die FDP aus dem Bundestag fernzuhalten.

3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten

3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung bei den diesjährigen Landtagswahlen ist deutlich gestiegen und damit auch die Repräsentation der Wahlbürger im Parlament. Allerdings ist es völlig übertrieben, wenn Horst Seehofer wie am Wahlabend behauptet, jeder zweite Bayer und jede zweite Bayerin habe CSU gewählt. Tatsächlich war es 2008 jede/r Vierte und nun nicht einmal jede Dritte, die der CSU ihre Stimme gab.

Trotz der gestiegenen Wahlbeteiligung hat sich die parlamentarische Repräsentation der Bevölkerung wenig verändert. Die vier im Parlament vertretenen Parteien repräsentieren lediglich 54% der Wahlberechtigten. Die CSU-Alleinregierung wird nicht einmal jeden dritten Bayern repräsentieren.

Tabelle 2: Parlamentarische Repräsentation der wahlberechtigten Bevölkerung

	1998	2003	2008	2013
Wahlbeteiligung	69,8%	57,1%	57,9%	63,9%
parlamentarisch repräsentiert	60,2%	49,5%	51,0%	54,0%

Tabelle 3: Stimmenanteile der Parteien in Prozent der Wahlberechtigten²

	2008	2013
CSU	24,7%	29,9%
SPD	10,6%	13,0%
Freie Wähler	5,8%	5,6%
Grüne	5,4%	5,4%
FDP	4,5%	2,1%
LINKE	2,5%	1,3%

Tabelle 4: Anteil der nicht im Parlament vertretenen Parteiwähler_innen 1998-2013

	1998	2003	2008	2013
außerparlamentarische Parteistimmen	12,7%	12,0%	10,4%	14,1%

² Hierbei handelt es sich um ungefähre Angaben, da jeder Wähler zwei Stimmen abgeben konnte und trotz hoher Übereinstimmung von Erst- und Gesamtstimmenzahl nicht von einer vollständigen Identität ausgehen kann. Die Zahlen geben also einen unteren Wert wieder, der um bis zu zwei Prozentpunkte höher liegen kann.

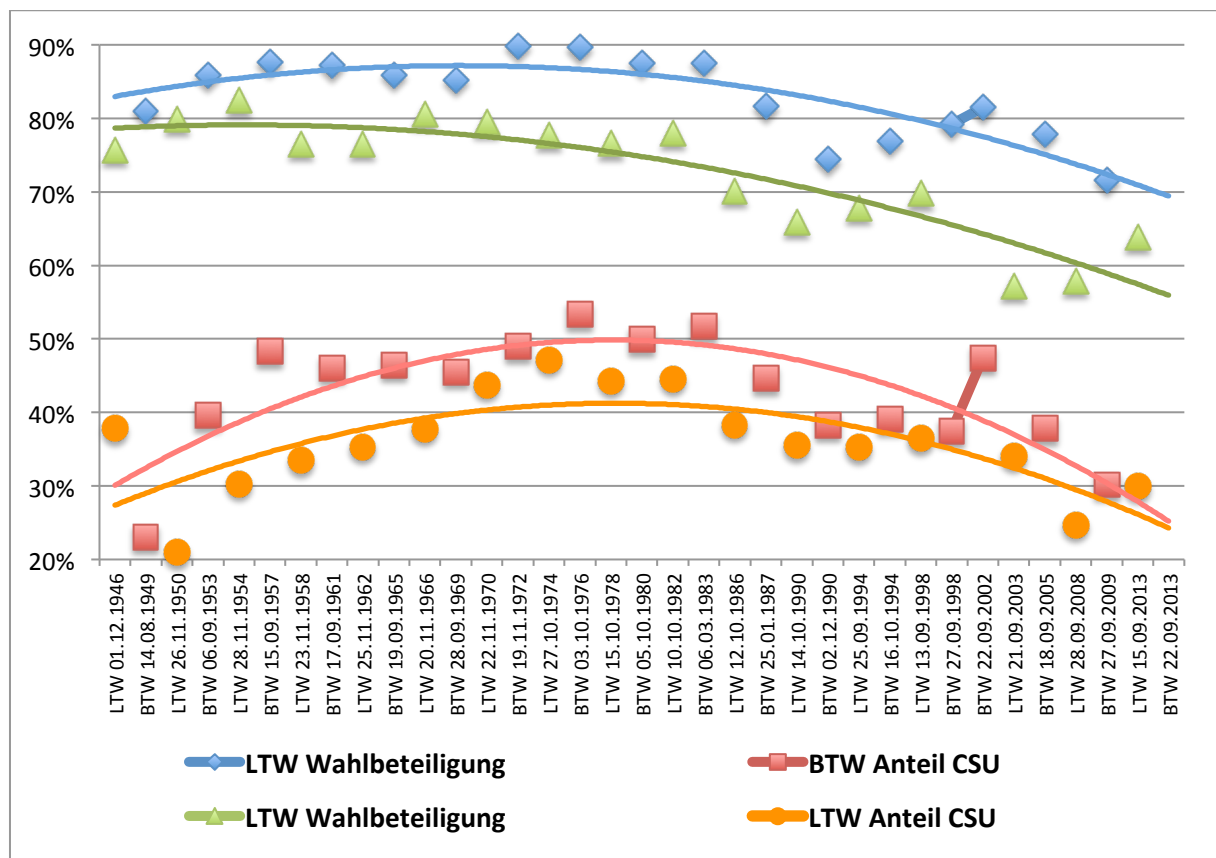


Schaubild 2: Wahlbeteiligung und CSU-Stimmenanteile/Wahlbevölkerung bei Bundestags- und Landtagswahlen

Die CSU-Strategie, die Landtagswahl nicht am Tag der Bundestagswahl, sondern eine Woche früher stattfinden zu lassen, hat sich als erfolgreich erwiesen. Es ist ihr gelungen, die eigenen Wähler wieder relativ stärker zu mobilisieren, während wie erwartet die oppositionellen Parteien mangels Wechselstimmung Probleme in der Wählermobilisierung hatten, die sie bei der Bundestagswahl so nicht haben werden.

3.2. Absolute Stimmen (Gesamtstimmen)

Tabelle 5: Veränderung der Zahl der Wahlberechtigten, Wähler_innen, Stimmen und Gesamtstimmen für die Parteien

	28.09.08	15.09.13	+ / - abs.	+ / - rel.
Wahlberechtigte	9.321.417	9.405.974	84.557	0,9%
Wahlenthaltung	3.923.061	3.394.535	-528.526	-13,5%
Wähler_innen	5.398.356	6.011.439	613.083	11,4%
Abgegebene Stimmen	10.796.004	12.005.053	1.209.049	11,2%
Ungültige Stimmen	183.729	190.459	6.730	3,7%
Gültige Stimmen	10.612.275	11.814.594	1.202.319	11,3%
CSU	4.603.960	5.632.272	1.028.312	22,3%
SPD	1.972.437	2.436.515	464.078	23,5%
Freie Wähler	1.085.896	1.062.244	-23.652	-2,2%
Grüne	999.111	1.018.652	19.541	2,0%
FDP	847.227	389.584	-457.643	-54,0%
LINKE	461.755	251.086	-210.669	-45,6%
Piraten		234.221	234.221	
ödp	212.200	239.235	27.035	12,7%
NPD	123.399	74.895	-48.504	-39,3%
Bayernpartei	116.464	247.282	130.818	112,3%
REP	146.073	117.633	-28.440	-19,5%
Sonstige	43.753	110.975	67.222	153,6%

Vorläufiges amtliches Endergebnis.

3.3. Regionale Ergebnisse

Das Wahlergebnis in den sieben Wahlkreisen

	Wahlbe- rechtigte	Wahlbe- teiligung	CSU	SPD	Freie Wäh- ler	Grüne	FDP	Linke
Oberbayern								
2008	3.089.041	59,6%	39,3%	19,3%	8,8%	13,1%	10,0%	3,8%
2013	3.163.035	65,7%	47,1%	22,1%	7,1%	9,9%	3,9%	1,8%
+ / -	73.994	6,1%	7,8%	2,8%	-1,7%	-3,2%	-6,1%	-2,0%
Niederbayern								
2008	919.436	53,9%	45,5%	14,1%	12,9%	5,8%	8,2%	4,3%
2013	925.204	60,1%	50,4%	14,0%	14,4%	5,9%	3,6%	1,8%
+ / -	5.768	6,2%	4,9%	-0,1%	1,5%	0,1%	-4,6%	-2,5%
Oberpfalz								
2008	852.653	58,2%	44,5%	18,9%	13,6%	5,6%	5,8%	4,5%
2013	847.919	63,9%	49,9%	19,5%	12,4%	5,7%	1,9%	2,0%
+ / -	-4.734	5,7%	5,4%	0,6%	-1,2%	0,1%	-3,9%	-2,5%
Oberfranken								
2008	857.540	57,8%	44,7%	21,2%	10,7%	6,7%	6,6%	4,5%
2013	846.233	63,4%	45,9%	23,3%	9,3%	7,1%	2,8%	2,1%
+ / -	-11.307	5,6%	1,2%	2,1%	-1,4%	0,4%	-3,8%	-2,4%
Mittelfranken								
2008	1.261.932	59,2%	43,7%	22,6%	9,3%	8,7%	6,5%	5,2%
2013	1.260.562	64,1%	43,1%	24,6%	7,5%	9,9%	3,0%	3,1%
+ / -	-1.370	4,9%	-0,6%	2,0%	-1,8%	1,2%	-3,5%	-2,1%
Unterfranken								
2008	1.024.234	57,9%	47,3%	16,7%	10,2%	8,4%	6,7%	5,2%
2013	1.021.380	64,3%	50,1%	19,5%	8,2%	8,9%	2,9%	2,3%
+ / -	-2.854	6,4%	2,8%	2,8%	-2,0%	0,5%	-3,8%	-2,9%
Schwaben								
2008	1.326.581	55,4%	47,1%	15,3%	10,5%	8,5%	8,0%	4,1%
2013	1.341.641	61,3%	49,4%	17,2%	9,7%	8,6%	3,4%	2,2%
+ / -	15.060	5,9%	2,3%	1,9%	-0,8%	0,1%	-4,6%	-1,9%

Vorl. Amtliches Endergebnis.

4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

Auf die Frage »Finden Sie, dass die Verhältnisse derzeit in Bayern eher Anlass zur Zuversicht oder eher Anlass zu Beunruhigung geben?« antworteten im Januar wie im September 70% der Befragten, dass sie Anlass zur Zuversicht sehen. Die Grundstimmung der Wahlberechtigten wird daher als zuversichtlich und positiv eingeschätzt. Insgesamt ist die Stimmung im Freistaat »deutlich positiver als vor der letzten Landtagswahl im Herbst 2008. Diese positive Grundstimmung im Freistaat hängt auch damit zusammen, dass aktuell kein zentrales landespolitisches Thema die Problemagenda dominiert. Das wichtigste Problem in Bayern ist nach wie vor der Bereich Schule und Bildung (24 Prozent, -2), gefolgt von der Familienpolitik (unverändert 17 Prozent) und der Situation am Arbeitsmarkt mit ebenfalls 17 Prozent. Das Themenfeld Arbeitsmarkt wird als weniger dringlich eingeschätzt als im Januar (-5 Prozentpunkte) und der aktuelle Wert von 17 Prozent signalisiert den geringsten Problemdruck seit Ende der 90er Jahre – angesichts der positiven Entwicklung der Beschäftigung hat die CSU im Wahlkampf versprochen, bis 2018 für Vollbeschäftigung zu sorgen. Mit Abstand folgen die Forderung, gegen die weitere Zunahme der sozialen Unterschiede in der Gesellschaft vorzugehen (8 Prozent, -4), die Verkehrsinfrastruktur zu verbessern (unverändert 7 Prozent) und den Schutz der Umwelt zu gewährleisten (7 Prozent, -1).« (Infratest Dimap, BayernTrend Juli 2013) Alles in allem schätzten 84% der Befragten die Lage in Bayern als »gut« ein, 88% als besser als in den anderen Ländern des Bundes, 1% als schlechter und 10% sehen keinen Unterschied.

4.1. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten

Vor diesem Hintergrund kam wirkliche Wechselstimmung in Bayern zu keinem Zeitpunkt auf, die Zufriedenheit mit der Landesregierung war hoch – allerdings vor allem mit einer der beiden Regierungsparteien.

Ansichten über die Landesregierung

Zufriedenheit mit der Landesregierung

	zufrieden	unzufrieden
Regierung gesamt	65%	34%
CSU in der Regierung	66%	41%
FDP in der Regierung	20%	78%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Auch mit Horst Seehofer waren die Anhänger aller Landtags-Parteien fast überwiegend zufrieden.

Ansichten über Horst Seehofer und Christian Ude

Seehofer macht seine Arbeit eher gut

Alle Wähler_innen	75%
Wähler_innen der CSU	94%
... der SPD	53%
... der Freien Wähler	74%
... der Grünen	46%
... der FDP	86%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, wahltool.ZDF.de

35% aller Wähler_innen und 61% der CSU-Wähler_innen sprachen sich für eine Alleinregierung der CSU aus, die knappe Hälfte hielt das für schlecht. Jeweils gut 40% konnten sich eine CSU-FDP-Koalition oder eine CSU/FW-Koalition vorstellen.

Für den Kandidaten Seehofer sprach im Vergleich mit dem Kandidaten Ude vor allem seine CSU-Zugehörigkeit und der Ruf als bayerischer Interessenvertreter:

	Seehofer	Ude
Direktwahl Ministerpräsident	55%	36%
führungsstärker	74%	14%
sympathischer	41%	46%
bürgernäher	39%	41%
glaubwürdiger	34%	43%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Auch in der Befragung der Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF dominiert Seehofer nicht mit «weichen Werten», sondern mit Führungsstärke, Durchsetzungskraft und Zugehörigkeit.

	Seehofer	Ude	kein Unterschied
Direktwahl	59%	31%	
sympathischer	33%	28%	35%
glaubwürdiger	22%	20%	53%
eher bürgernah	28%	28%	36%
mehr Sachverstand	29%	11%	47%
passt besser zu Bayern	55%	12%	28%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, wahltool.ZDF.de

Ansichten über die Parteien

Ansichten über die CSU

«Hat Bayern über die Jahrzehnte gutgetan»	71%
«Seehofer garantiert, dass Bayerns Interessen durchgesetzt werden»	62%
«Seehofer hat die CSU zu altem Selbstbewusstsein zurück geführt»	58%

Ansichten über die SPD

«Hat mit Agenda 2010 dafür gesorgt, dass es uns gut geht»	64%
«Bemüht sich am stärksten um sozialen Ausgleich»	54%
«Hat mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben»	63%
«Ist keine Partei mehr für die kleinen Leute»	52%

Ansichten über die FDP

«In der bayerischen Regierung hat man nicht viel von ihr gemerkt»	74%
«Hat in den letzten Jahren nichts bewirkt»	58%
«Ich fände es gut, wenn sie auch im Landtag vertreten wäre»	42%

Ansichten über die Freien Wähler

«Ich fände es gut, wenn sie weiterhin im Landtag vertreten wären»	70%
«Haben frischen Wind in den Landtag gebracht»	56%
«Haben mit Hubert Aiwanger einen guten Spitzenkandidaten»	48%
«Sind näher an den Bürgern dran als andere Parteien»	47%

Ansichten über die Grünen

«Verschrecken die Wähler mit ihren Steuerplänen»	71%
«Kümmern sich um Themen, die andere Parteien vernachlässigen»	58%
«Ich fände es gut, wenn sie an der Regierung beteiligt wären»	50%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Erstauscheinlich scheint, wie wenig Wähler_innen den Wahlkampf und die Wahlversprechen für bare Münze nehmen.

«Diese Partei sagt ehrlich, was sie nach der Wahl durchsetzen will»

	FW	Grüne	CSU	SPD	FDP
ja	37%	37%	27%	27%	19%
nein	55%	61%	71%	72%	79%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Die Kompetenzen der Parteien

Den Parteien werden von den befragten Wähler_innen ganz unterschiedliche Kompetenzen zugeschrieben:

	CSU	SPD	FW	Grüne	FDP
Wirtschaft	69%				3%
Stärkung des ländlichen Raumes	46%		15%		
Bildungspolitik	44%	25%			
Familienpolitik	39%	28%		11%	
Soziale Gerechtigkeit		42%			
Sorgen der kleinen Leute		38%	6%		
gerechtes Steuersystem		31%			6%
Umweltpolitik				52%	
Energiepolitik				36%	
sorgsamer Umgang mit Steuergeldern					4%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Für etwa ein Drittel der CSU-Wähler und ein Viertel der SPD-Wähler gab der Kandidat den Ausschlag für die Wahlentscheidung. Eine nicht bezifferte Anzahl wählt aus Verbundenheit/«Parteibindung», und für einen weiteren Teil sind Themen wahlentscheidend. Die Befragten, für die Themen entscheidend waren, nannten als wahlentscheidende Themen:

Wahlentscheidende Themen

Angemessene Löhne und Arbeitsbedingungen	58%
Eine gute Absicherung im Alter	56%
Die künftige Energieversorgung	50%
Der Streit um die PKW-Maut für ausländische Autofahrer	17%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Die Befragung der Forschungsgruppe Wahlen zeigt, dass auf allen Problem- und Politikfeldern der CSU die größte Lösungskompetenz zugebilligt wird:

Wichtigste Probleme	Welche Partei löst sie am besten			
	CSU	SPD	keine	Grüne
Schule/Bildung	19%	36%	24%	8%
Verkehr/Maut	15%			
Arbeitsplätze	15%	52%	17%	9%
Familie/Kinder	11%			
Energiewende/Umwelt	10%			
Welche Partei löst die Probleme in diesen Politikfeldern am besten?				
Wirtschaft	56%	12%	12%	
Familienpolitik	40%	25%	7%	
Soziale Gerechtigkeit	33%	28%	10%	
Zukunft	53%	13%	10%	
Energiepolitik	32%	8%	8%	30%
Verkehrspolitik	47%	14%	7%	8%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, wahltool.ZDF.de

4.2. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen – Forschungsgruppe Wahlen (ZDF, 19:30)

	CSU	SPD	FW	Grüne	FDP
Frauen	49%	21%	9%	10%	2%
Männer	49%	20%	8%	7%	4%
Alter					
unter 30	41%	18%	9%	10%	3%
30-44	47%	17%	9%	11%	3%
45-59	45%	22%	10%	11%	3%
über 60	58%	23%	7%	4%	3%
Beruf					
Arbeiter	50%	22%	10%	4%	2%
Angestellte	46%	22%	9%	10%	3%
Beamte	44%	23%	10%	12%	5%
Selbständige	46%	16%	7%	12%	10%
Bildung					
Hochschulabschluss	59%	18%	8%	3%	2%
mittlere Reife	52%	19%	9%	7%	2%
Abitur	43%	20%	8%	14%	3%
Hochschulabschluss	37%	24%	8%	18%	5%

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, wahltool.ZDF.de

Wahlverhalten nach sozialen Merkmalen (Infratest dimap, ARD, 22:00)

	CSU	SPD	FW	Grüne	FDP	Linke	Piraten
alle	49%	20%	9%	8%	3%	2%	2%
Männer	49%	21%	9%	7%	3%	2%	2%
Frauen	49%	21%	8%	10%	2%	2%	1%
Arbeiter	49%	20%	9%	4%	1%	4%	2%
Angestellte	45%	20%	9%	11%	3%	2%	3%
Selbstständige	45%	19%	9%	12%	6%	2%	2%
Landwirte	59%		15%	9%	4%		0%
Rentner	59%	23%	7%	4%	3%	1%	0%
Arbeitslose	39%	20%	8%	5%	4%	7%	7%
18-24	41%	18%	8%	10%	3%	3%	7%
25-34	44%	17%	9%	9%	3%	2%	5%
35-44	46%	18%	10%	11%	3%	2%	2%
45-59	45%	22%	10%	11%	3%	2%	1%
60-69	55%	22%	8%	6%	3%	2%	0%
70 und älter	63%	22%	5%	3%	3%	1%	0%
Erstwähler	41%	17%	8%	11%	3%	3%	7%
Kurzentschlossene	44%	20%	12%	8%	3%	2%	2%

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

4.3. Wählerwanderungen

Die Wanderungsbewegungen zwischen den Parteien wurden in der Wahlacht (Stand: 01:00) ohne Berücksichtigung der Freien Wähler und «Sonstige/Andere» von Infratest dimap bzw. der ARD zur Verfügung gestellt. Die «Umrechnung» von Wählerwanderungen in Stimmenwanderung ist angesichts des bayerischen Wahlsystems zudem schwierig.

Wählerwanderungen (Netto-Salden)

	CSU	SPD	Grüne	FDP	Linke	Nichtwähler
CSU		0	-20.000	-120.000	-20.000	-320.000
SPD	0		-20.000	-10.000	-40.000	-110.000
Grüne	20.000	20.000		-10.000	0	-30.000
FDP	120.000	10.000	10.000		0	10.000
Linke	20.000	40.000	0	0		20.000
Nichtwähler	320.000	110.000	30.000	-10.000	-20.000	

Quelle: Infratest Dimap, www.tagesschau.de

Demnach konnten sowohl CSU als auch SPD in nennenswertem Umfang Stimmen von vorherigen Nichtwählern gewinnen. Gleichzeitig waren in hohem Maße die Verluste der FDP die Gewinne der CSU.

Die CSU gewann vor allem bei den Nichtwählern (+320.000) und unter den zwischenzeitlichen FDP-Wählern (+120.000), aber auch bei Grünen- und Linke-Anhängern. Auch bei den Freien Wählern soll sie unter dem Strich 20.000 Stimmen geholt haben.

Die SPD verdankt ihren Stimmenzuwachs vor allem den «Wählern im Wartesaal» (P. Steinbrück) und zurückgekehrten vormaligen Linke-Wähler_innen.

DIE LINKE verliert an SPD, CSU und Nichtwähler.

5. Anhang: Aus dem Wahlvorbericht

Der vollständige Wahlvorbericht vom 13.09.2013 findet sich hier:

<http://www.rosalux.de/publication/39857/die-wahl-zum-17-bayerischen-landtag.html>

5.1. Besonderheiten des bayerischen Wahlsystems

Das Wahlgebiet ist in sieben Wahlkreise eingeteilt, die den sieben Regierungsbezirken entsprechen. Die Wahlkreise haben eine sehr unterschiedliche Größe. Für jeden Wahlkreis haben die Parteien eine

Tab. 1: Verteilung der Sitze auf die Wahlkreise

	2013	2008
Oberbayern	60	58
Niederbayern	18	18
Oberpfalz	16	16
Oberfranken	16	17
Mittelfranken	24	25
Unterfranken	20	20
Schwaben	26	26
Gesamt	180	180

eigenständige Kandidat_innen-Liste aufzustellen. Jeder Wahlkreis wählt eine festgelegte Anzahl von Abgeordneten für den Landtag des Freistaates. Die Wahlkreise sind unterteilt in Stimmkreise. Jeder Stimmkreis umfasst rund 125.000 Einwohner.

Der Bayerische Landtag umfasst 180 Abgeordnete (ohne mögliche Überhang- und Ausgleichsmandate). Davon werden 90 Abgeordnete als Vertreter eines Stimmbezirks («Stimmkreisabgeordnete») gewählt und weitere 90 über die Wahlkreislisten der Parteien («Wahlkreisabgeordnete»).

Jeder und jede Wahlberechtigte hat dementsprechend zwei Stimmen. Mit der «Erststimme» wird die/der Abgeordnete eines Stimmkreises direkt gewählt. Mit der «Zweitstimme» wird eine Person auf der Wahlkreis-Liste der Partei gewählt. Ein Kreuz bei einer Partei ist nicht vorgesehen. Auch diese

zweite Stimme ist stark personengebunden. Wer eine bestimmte Partei wählen will, kann dies nur über die Wahl einer Person dieser Partei. Es besteht dadurch die Möglichkeit, die von den Parteien angebotene Reihenfolge der Kandidat_innen zu verändern.

Für die Sitzverteilung im Landtag werden beide Stimmen zusammengezählt und nach dem Grundsatz der Verhältniswahl mit dem Hare-Niemeyer-Verfahren in Mandate umgerechnet. Anders als bei der Bundestagswahl kommt es bei der Sitzverteilung nicht allein auf die «Zweitstimme» an, sondern auf die Summe beider Stimmen. Die Gesamtsitze, die eine Partei erreicht, werden nach der regionalen Zusammensetzung ihrer Stimmen auf die sieben Wahlkreise verteilt.³

Der Ausgleich einer den Stimmenanteil übersteigenden Zahl von Direktmandaten erfolgt auf der Ebene der Wahlkreise.

5.2. Die «Sonntagsfrage»

Die Bewertungen der politischen Meinungsbildung in der Bevölkerung durch die beiden Institute Infratest dimap (ARD) und Forschungsgruppe Wahlen (ZDF) weisen eine hohe Übereinstimmung aus. Die CSU liegt stabil in der Nähe der absoluten Mehrheit, die SPD hat leichten Umfrageaufwand und könnte die 20%-Marke überschreiten. Die Grünen befinden sich seit den Sommerferien im Umfrage-sinkflug, die Freien Wähler konnten sich stabilisieren, gleichwohl finden sich unter ihren Anhängern die meisten befragten Parteianhänger, die angaben, ihre Meinung noch ändern zu können. Die FDP lag zuletzt bei 3-4%, die Linke bei 2-3%, die Piraten wie alle anderen Parteien wurden nicht gesondert ausgewiesen.

Die Ergebnisse der »Sonntagsfrage« für die Landtagswahl in Bayern 2013

	Sept	Sept.	Jul	Jan
	ZDF	ARD	ARD	ARD
CSU	48%	47%	47%	47%
SPD	20%	21%	18%	19%
Grüne	10%	11%	15%	14%
Freie Wähler	8%	7%	8%	9%
FDP	4%	3%	3%	3%
Die Linke		3%	3%	2%
Sonstige	10%	8%	6%	

ZDF: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer Extra; ARD: Infratest Dimap, BayernTrend

³ Die Besonderheit des Wahlsystems bringt es mit sich, dass es keine exakte Übereinstimmung zwischen der Stimmenzahl für eine Partei und der Zahl der Wähler_innen gibt. Denn die Stimmkreis-Stimme kann auf einen Kandidaten einer anderen Partei entfallen als die Wahlkreisstimme. Allerdings macht der Anteil der Erststimmen an den Gesamtstimmen bei allen Parteien mit Ausnahme einiger ganz kleiner Parteien immer zwischen 48% und 52% aus, so dass eine hohe Übereinstimmung unterstellt werden kann. Allerdings sind alle entsprechenden prozentualen Angaben (Stimmen im Verhältnis zur Zahl der Wahlberechtigten) unter diesem Vorbehalt zu lesen und zu bewerten.

Zu den »Wahlnachtberichten«

Die »Wahlnachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile mit wechselnder Autorenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die »Wahlnachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen darüber hinaus auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahlnachlesen«.

Die »Wahlnachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz:

<http://rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de> sowie mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Ergänzung in den Blogs: <http://www.horstkahrs.de> und <http://wahlanalysen.wordpress.com>

Zu den Autoren

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahlnacht vom 15. auf den 16. September 2013 und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten und eigenen Erkenntnissen. Obwohl die Daten mit der gebotenen Sorgfalt und nach bestem Wissen übernommen wurden, können bei der Übertragung und Bearbeitung Fehler auftreten, die als solche nicht erkannt werden. Die Darstellung und die Schlussfolgerungen stehen unter diesem Vorbehalt.